II. Die frühen ständischen Vertretungen in Preußen

Hartmut Boockmann

Bemerkungen zur frühen Geschichte ständischer Vertretungen in Preußen

Die Anfänge landständischer Vertretungen: Das scheint ein Thema zu sein, das in die Neuzeit führt, auch wenn man damit ins 14. und 15. Jahrhundert kommt, und so dominieren in der Geschichte der ständischen Vertretungen ja auch die neuzeitlichen Themen. Das Neue bereitet sich im Schoße des Alten langsam vor – so oder ähnlich pflegt man mit Bildern aus der Biologie zu sagen –, und so können sich Spuren erster ständischer Vertretungen noch so früh vor dem Ende des Mittelalters feststellen lassen: Als Vorboten und Anfänge dessen, was erst später Gestalt annehmen sollte, lassen sie sich allemal verstehen.

Vielleicht läßt sich jedoch noch ein anderer Weg zum Verständnis ständischer Mitwirkung an der Regierung eines Landes beschreiten. Sollte man nicht versuchen, von dem abzusehen, was Stände und was parlamentarische Vertretungen in der Neuzeit einmal werden sollten? Aus methodischen Gründen empfiehlt sich der Versuch, spätere Entwicklungen gewissermaßen auszublenden, sicherlich. Er könnte die Chance bieten, das, was traditionell als Vorstufe späterer Prozesse gilt, schärfer herauszuarbeiten – und sei es auch nur, um diese späteren Prozesse besser zu verstehen.

Vielleicht wird jedoch auf diese Weise auch die einfache Abfolge von Vorstufe und voller Ausbildung fragwürdig, vielleicht gewinnt die vermeintliche Vorstufe von etwas Späterem so ein eigenes Gewicht und werden dann Verbindungslinien sichtbar, die nicht – wie üblich – in die Zukunft weisen, sondern in die Vergangenheit, so daß jene Vorgänge nicht als Anfänge erscheinen, sondern als die Fortsetzung von etwas Früherem sichtbar werden.

Oder stellen sich solche Erwägungen ganz einfach gegen die Überlieferung der Dokumente? Die „Acten der Ständetage Preussens unter der Herrschaft des Deutschen Ordens“, herausgegeben von Max Toeppen in den Jahren 1878 bis 1886, scheinen eine deutliche Sprache zu reden. Der erste Band umfaßt die Jahre 1233 bis 1435, also gut zwei Jahrhunderte, während der zweite nur noch 10 Jahre enthält, der dritte $6\frac{1}{2}$ und der vierte 4 Jahre, wohingegen der fünfte dann, bis zum Jahre 1525 reichend, allerdings wieder Akten aus 7 Jahrzehnten bietet. Doch war der Deutschordensstaat in diesen 7 Jahrzehnten um seine wertvolleren Teile und damit zugleich um jene Landschaften reduziert, in denen sich die ständische Organisation vor allem ausgebildet hatte. Man kann diesen letzten Band also beiseite lassen. Tut man das, so ergibt sich

ein scheinbar eindeutiges Bild: Die Dimension der Überlieferung nimmt rasch zu, und das zeigt sich auch, wenn man auf die Ständeakten der 1466 verlorenen Gebiete des Deutschordensstaates blickt¹.

Doch was nimmt hier eigentlich zu? Die Sache – also die Ausformung und die Aktivität ständischer Vertretungen? Oder nehmen nicht vielmehr die Akten zu? Seit dem ausgehenden 14. Jahrhundert setzt sich rasch ein neuer und billiger Beschreibstoff durch: das Papier. Hätte man bis zum Jahr 1525 weiterhin nur das Pergament gehabt, so wäre Toeppen vermutlich mit einem statt mit fünf Bänden Ständeakten zu recht gekommen. Das meiste von dem, was nun auf dem Papier festgehalten wurde, wäre nur mündlich verhandelt, und anderes wäre überhaupt nicht Gegenstand von Verhandlungen geworden. Das Papier verursachte nicht nur einen Wandel in der Überlieferung, sondern auch in der Sache.

Dennoch sollte man sich bei einer Untersuchung spezifisch spätmittelalterlicher Vorgänge stets vor Augen halten, daß aus dieser Zeit viele Dinge überliefert werden, die in früheren Jahrhunderten mangels eines ähnlich billigen Beschreibstoffs keine Überlieferungschance hatten². Die oft beschworene Krise des späten Mittelalters hätte, so möchte ich meinen, ein anderes Gesicht, wenn man sich diesen Umstand immer vor Augen geführt hätte.

Im Hinblick auf die frühe Geschichte ständischer Vertretungen im Deutschordensstaat Preußen kommen spezielle Sachverhalte hinzu, welche die früheren Gegebenheiten als Vorstufe späterer Verhältnisse erscheinen lassen und sie gleichsam zu mediatisieren drohen. Seit der Niederlage des Ordens bei Tannenberg im Jahre 1410 wuchs der Antagonismus zwischen dem Orden und den Ständen des Landes rasch. Im Jahre 1440 haben sich die preußischen Stände zu einem Bündnis zusammengeschlossen³. 1454 sagte dieser Stände-Bund dem Orden den Gehorsam auf und unterstellte sich dem polnischen König⁴. In den folgenden 13 Jahren hat sich der preußische Bund im Bündnis mit dem polnischen König militärisch gegen den Orden behaupten können⁵. Die Folge war der 2. Thorner Frieden von 1466, war die Abtretung der am weitesten entwickelten Teile des Landes, von der ich schon gesprochen habe⁶. Aus der Retrospektive gewinnt man den Eindruck eines zielgerichteten Verlaufs. Eins scheint sich aus dem anderen konsequent zu ergeben. Aus Anfängen werden Weiterungen. Oder trägt auch dieser Eindruck? Danach möchte ich nun fragen – nicht nur um eine Genthese anstelle des im großen und ganzen unbestrittenen evolutionären Hergangs zu setzen, sondern ganz einfach mit der Absicht, die Dinge versuchsweise etwas weni-

¹ *Franz Thunert*, Acten der Ständetage Preußens, königlichen Anteils 1 (1896). Fortsetzung: Akta stanów Prus Królewskich, hrsg. v. *Karol Górski*, *Marian Biskup* und *Irena Janosz-Biskupowa* (Toruń 1955 ff.).

² Vgl. *Arnold Esch*, Überlieferungs-Chance und Überlieferungs-Zufall, in: *Historische Zeitschrift* 240 (1985).

³ *Marian Biskup*, Der Preußische Bund 1440–1454 – Genesis, Struktur, Tätigkeit und Bedeutung in der Geschichte Polens, in: *Hansische Studien* 3, hrsg. v. *Konrad Fritze* u. a. (1975).

⁴ Die Staatsverträge des Deutschen Ordens in Preußen im 15. Jahrhundert 2, hrsg. v. *Erich Weise* (1955) Nr. 288 und 292.

⁵ *Marian Biskup*, Trzynastoletnia wojna z zakonem Krzyżackim 1454–1466 (Warszawa 1966).

⁶ Staatsverträge (wie Anm. 4) Nr. 403.

ger evolutionär erscheinen zu lassen, mit der Folge womöglich, daß der erwähnte größere Prozeß ein schärferes Profil erhält.

Ich will nicht mehr tun, als den ersten Band der Stände-Akten von Toeppen, so gut das gehen kann, ohne Rücksicht auf die folgenden Bände durchzusehen – sowie auch unter Ausblendung der eben erwähnten Ereignisse des 15. Jahrhunderts.

Toeppen setzt mit dem Jahre 1233 ein, also zwei Jahre, nachdem die ersten Deutschordensritter sich im Kulmerland festgesetzt und die Eroberung Preußens begonnen hatten. Die erste Urkunde, die er als Stände-Akte auffaßte (Nr. 1), ist die Kulmer Handfeste, also jenes Privileg, mit dem der Orden den Bürgern von Kulm und Thorn ihre Rechte sicherte, und in dem er überdies, wie sich bald zeigen sollte, Rechte der Stadtbürger und eines Teils der ländlichen Besitzer überhaupt fixierte⁷.

Selbst wenn es aus diesem Text nicht ausdrücklich hervorginge: Eine solche Urkunde ist nicht das Resultat einseitiger Setzung, sondern von Verhandlungen, und Partner des Ordens in diesen Verhandlungen waren nicht Einzelpersonen, sondern Repräsentanten der Siedler. Insofern steht, so denke ich, die Kulmer Handfeste zu Recht am Anfang der preußischen Stände-Akten – als ein Zeugnis für jene besondere Situation zu Beginn der Umgestaltung und Neubesiedlung des Kulmer Landes und später Preußens, in welcher der Orden auf eine Kooperation mit den Bewohnern und mit den Neusiedlern angewiesen war, als Zeugnis zugleich aber auch grundlegender Verfassungsstrukturen im Mittelalter.

Der Herrscher ist stets auf Kooperation und Konsens angewiesen. Er regiert mit Rat und Hilfe von *meliores* oder wie immer wir die Schicht derer nennen, die ebenfalls über – autogene oder abgeleitete – Herrschaftsrechte verfügten. Die Entstehung entwickelter ständischer Vertretungen im späteren Mittelalter ist also – in mittelalterlicher Perspektive, ohne Blick auf die Neuzeit gesagt – nichts anderes als die besondere Ausprägung eines allgemeinen Sachverhalts.

Aus diesem Grunde ist eine genaue Dokumentation der Anfänge ständischer Vertretungen nicht zu erwarten. Was aus späterer Sicht als Anfang erscheint, dürfte sich für die Zeitgenossen fast unmerklich vollzogen haben und findet in der schriftlichen Überlieferung deshalb nur selten einen Niederschlag – zumal bis weit ins 14. Jahrhundert die geringere Quantität der Überlieferung, wie eingangs gesagt, noch als ein weiterer Umstand hinzukommt. Was sich auch im Falle einer relativ guten Überlieferung – die im preußischen Falle ja gegeben ist – findet, sind weniger Stationen einer Genese, sondern eher verstreute Einzelheiten.

In diesem Sinne nenne ich eine Urkunde des Bischofs und des Domkapitels von Kulm aus dem Jahre 1255 über Getreideabgaben (Nr. 5), in der es heißt, daß die Aussteller mit dem Hochmeister und den Brüdern des Deutschen Ordens sowie mit der *universitas incolarum terre Culmensis* zusammengekommen seien. *Convenimus in hanc formam, quod: Convenire* heißt hier sowohl zusammenkommen wie auch übereinkommen, eine Übereinkunft treffen. Die Selbstverständlichkeit des Verfahrens kommt darin, so möchte ich meinen, recht gut zum Ausdruck. Auch die ausdrückliche Zweiseitigkeit des Vorgehens erscheint selbstverständlich. Die Ordensbrüder und die *univer-*

⁷ Guido Kisch, Die Kulmer Handfeste (1978).

sitas incolarum gehen als Gegenleistung für die Privilegierung durch die Aussteller der Urkunde Verpflichtungen ein. Am Rande kann man vielleicht bemerken, daß sich in dieser Urkunde zum ersten Mal die Verteilung der Herrschaft Preußens auf Orden und Bischöfe in ihrer Auswirkung auf die Ausbildung ständischer Repräsentationsformen zeigt. In unserem Falle stehen sich Bischof und Kapitel auf der einen Seite und der Orden sowie die Repräsentanten der Untertanen auf der anderen Seite gegenüber. Im 15. Jahrhundert sollte es indessen zu einem anderen Verlauf der Fronten kommen. Die Bischöfe werden dann neben dem Orden als Landesherren fungieren⁸, so daß wir es in Preußen dann mit Ständen zu tun haben, zu denen keine Prälaten gehören.

In der Frühzeit des Ordensstaates finden sich immer wieder Urkunden, die jenen Sachverhalt bezeugen, der eben begegnet ist. Besitzer von Gütern treten als Verhandlungs- und Vertragspartner des Ordens auf: in Pomesanien, wo ein Besitzer namens Schambor noch vor 1280 als Vertreter seiner Standesgenossen mit dem Orden wegen militärischer Abgaben (Wartgeld und Schalwenkorn) ebenso verhandelt (Nr. 6) wie solche Verhandlungen und Vereinbarungen für andere Gebiete des Landes erschlossen werden können, für das Ermland oder das Kulmerland, wo der Orden es 1278 mit den Vertretern *al der mechtigsten Polan des landes* zu tun hat (Nr. 8), oder im Samland, wo 1286 der Königsberger Rat als Vertragspartner des Ordens begegnet (Nr. 30) – eingeschlossen jenen Henniko Prusse, der im Zusammenhang der Diskussion um das Schicksal der Prußen oft genannt worden ist und in der Tat einen prominenten Zeugen dafür darstellt, daß sich unter den privilegierten Untertanen des Ordens von Anfang an – getaufte – Prußen befanden⁹.

Aus den letzten Jahren des 13. Jahrhunderts findet sich in einem Brief des Landmeisters an die Städte Rostock, Greifswald und Stralsund der Hinweis auf Beratungen des Landmeisters mit den preußischen Städten (Nr. 10). Wir haben hier ein erstes Zeugnis dafür, daß die Zugehörigkeit der größeren preußischen Städte zur Hanse Formen der kollektiven Willensbildung erforderte und dazu beitrug, daß sich die Städte – oder jedenfalls die größeren unter ihnen – schon früh zusammengefunden haben, während die ländlichen Grundbesitzer sich in jenem regionalen Kontext trafen, der durch die Gerichts- und Verteidigungsorganisation des Landes vorgegeben war. Die prädestinierten Wortführer der ländlichen Besitzer waren die Bannerführer und die Landrichter.

Im jüngsten Überblick über die Geschichte der ständischen Vertretungen in Preußen, den Marian Biskup vor zehn Jahren vorgelegt hat, heißt es, die „Herrschaft der Ordensritter“ habe sich „sehr hemmend auf die Herausbildung einer Ständevertretung in Preußen“ ausgewirkt, und sie habe „dem Einfluß der Stände auf die Gesamtheit der staatlichen Angelegenheiten entgegen“ gestanden. Der Grund dafür habe darin gele-

⁸ Brigitte Poschmann, Bistümer und Deutscher Orden 1243–1525, in: Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands 30 (1962).

⁹ Hartmut Boockmann, Zur ethnischen Struktur der Bevölkerung deutscher Ostseestädte, in: Der Ostseeraum – Elemente einer wirtschaftlichen Gemeinschaft, hrsg. v. Klaus Friedland, o. J. [1980] 20.

gen, daß der Ordensstaat durch eine geistige Korporation regiert worden sei, er habe also in den Normen des kanonischen Rechts bestanden¹⁰.

Mir scheint, daß dieses Urteil einen Teil der Ursachen für die Konflikte des 15. Jahrhunderts sehr treffend bezeichnet, daß es jedoch weder für das 13. noch auch für das 14. Jahrhundert gelten kann. Wenn Biskup wenig später sagt, daß der Orden im 14. Jahrhundert angesichts seiner Einnahmen nicht gezwungen gewesen sei, außerordentliche finanzielle Forderungen an die Stände zu richten, so ist das ebenso unbestreitbar, und richtig ist selbstverständlich auch, daß damit ein in vielen Ländern feststellbarer Motor der ständischen Entwicklung in Preußen einstweilen nicht festzustellen ist.

Problematisch scheint mir jedoch die daran anschließende Feststellung, die Ordensritter hätten „demnach die Vertreter der örtlichen Gemeinwesen“ ausgeschlossen, und ihr Regierungssystem habe einen „quasi-kolonialen Apparat“ dargestellt. Der Orden sei „nicht bereit“ gewesen, „Vertreter der besitzenden Klassen“, also die schon erwähnten Grundbesitzer, die Ritter und Knechte oder Ehrbarleute, wie die Quellen sie nennen, „an der Herrschaft über die vom Orden regierte Bevölkerung des preußischen Staates teilhaben zu lassen“¹¹.

Ich möchte im Sinne der eingangs angestellten Überlegungen denken, daß das ein wenig zu sehr *ex post* geurteilt ist – als hätte es von Anfang an eine Gesamtvertretung der Stände in Preußen geben müssen und als seien jene Akte der Kooperation, der Beratungen und Beschlüsse von Repräsentanten des Ordens einerseits und der Regionen andererseits etwas anderes gewesen als Teilhabe an der Herrschaft. Es ist gewiß richtig, daß der Orden es nicht von Anfang an mit Repräsentanten seines ganzen Herrschaftsbereiches zu tun hatte. Doch heißt das nicht, daß er die Entstehung einer solchen Repräsentation behindert hätte oder gar angesichts seiner Bindung an die Normen des geistlichen Rechts hätte verhindern müssen. Ich würde also den „quasi-kolonialen Apparat“ mit einem kleinen Fragezeichen versehen wollen und meinen, daß wir hier einen Gegenstand der Diskussion hätten. Wie in anderen Ländern kann man auch in Preußen beobachten, daß der Landesherr selber an gewissen Formen einer Repräsentation des Landes interessiert war. Der Anlaß lag, wie schon gesagt, hier zunächst nicht in außerordentlichen finanziellen Bedürfnissen, sondern auf anderen Feldern.

Ich nenne an erster Stelle die Huldigung der Untertanen nach der Wahl des neuen Hochmeisters. Wahrscheinlich ist es schon nach den Wahlen Winrichs von Kniprode (1352) (Nr. 15) und Konrad Zöllners (1382) (Nr. 21) zu Huldigungsversammlungen gekommen. Aus dem Jahre 1391 wissen wir, daß sich die großen Städte einen Tag nach der Wahl Konrads von Wallenrode in Marienburg versammelten und dem Hochmeister eine Liste mit Forderungen betreffend die *gebrecchen des gemeynen landes* vorlegten (Nr. 36). Ebenso geschah es 1407 (Nr. 77). In beiden Fällen haben wir es aber, was die

¹⁰ Marian Biskup, Die Rolle der Städte in der Ständevertretung des Königreiches Polen, einschließlich des Ordensstaates Preußen im 14./15. Jahrhundert, in: Städte und Ständestaat, hrsg. v. Bernhard Töpfer (1980) 177.

¹¹ Ebenda 178.

Vorlage der Beschwerden angeht, nur mit Repräsentanten der großen Städte zu tun. Die Teilnahme auch von Vertretern ländlicher Gebiete bleibt ungewiß.

Eine weitere Gelegenheit zum Zusammentritt von Repräsentanten des Landes insgesamt war die Gesetzgebung, die der Gegenstand des Referates von Herrn Neitmann ist. Auch hier haben wir es zunächst überwiegend mit städtischen Materien und mit der Versammlung von Städte-Vertretern zu tun. Es fragt sich jedoch, ob hier nicht die Überlieferung und die Sache selbst auseinandergehen. Der größte Teil der Akten, die Toeppen zusammengestellt hat, stammt ja aus städtischen Archiven, und so mag es sein, daß dort nur die städtische Seite eines Ereignisses festgehalten wurde – wie zum Beispiel anlässlich einer Zusammenkunft in Marienburg im April 1394. Der sogenannte Rezeß dieser Versammlung beginnt mit der Mitteilung, daß die preußischen Städte, nämlich die immer wieder genannten großen Städte Kulm, Thorn, Elbing, Danzig, Königsberg und Braunsberg das Folgende verhandelt hätten (Nr. 42), während der gleichzeitige Chronist, Johann von Posilge, von einem allgemeinen Landtag berichtet: *Uf die selbe cziit umb bethe rittir und knechte, stete und des gemeynen landes wart gesatzt von dem homeister und den gebitigern ...*¹².

Zuerst im Jahre 1385 (Nr. 25) und zum zweitenmal 1397 (Nr. 52) haben wir die parallele Überlieferung eines Rezesses und eines durch den Hochmeister erlassenen Gesetzes. Die Vertreter der Städte erbat ein Gesetz gegen die Gefährdung jener unter ihren Schneidern, die mit fertigen Hosen und Mänteln handelten, durch auswärtige Kaufleute. Es ging also um die Importe von Konfektionsware.

Das Beispiel könnte, wenn man sich näher damit beschäftigte, ein Stück legislatorischen Verfahrens zeigen. Die Initiative kam von einzelnen Städten, und es gibt auch Divergenzen unter ihnen. Die Danziger überlegen, daß sie die Sache lieber durch ein Ratsgesetz regeln sollten, und so geschieht es auch. Das Gesetz des Hochmeisters ist in den Danziger Akten nicht überliefert. Es findet sich nur in der Überlieferung von Thorn und von Kulm. Nicht uninteressant ist, daß dieses Gesetz im Vergleich zu den städtischen Wünschen ein wenig generalisiert. Der Hochmeister legt Wert darauf, daß als zu beschränkende Konfektionäre nicht bloß die englischen Kaufleute genannt werden, sondern zur Vermeidung englischer Klagen auswärtige Kaufleute überhaupt.

Der Vorgang scheint modernen Ansprüchen an einen legislatorischen Akt zu entsprechen und ein Beispiel für die oft gerühmte Modernität der Verfassungsstrukturen des Ordensstaates Preußen zu bieten. Doch allzu modern waren die Verhältnisse, wie dieses Beispiel lehrt, nicht. Die Danziger konnten, wie schon gesagt, eine eigene Regelung an die Stelle der hochmeisterlichen setzen. Und es findet sich auch, daß die gleichen Materien einmal durch ein Hochmeister-Gesetz, das andere Mal durch interstädtische Vereinbarungen geregelt werden.

Aus dem Jahre 1408 haben wir dann die älteste hochmeisterliche Ordnung, die für das ganze Land gelten sollte (Nr. 82), doch handelt es sich dabei keineswegs um die erste Landesordnung. Wir besitzen vielmehr von 1394 eine Publikationsformel, die eine nicht erhaltene Landesordnung eingeleitet hat (Nr. 45). Sie ist nicht zuletzt deshalb interessant, weil sie ausdrücklich beschreibt, wie das Normenwerk, auf das sie sich be-

¹² *Scriptores rerum Prussicarum* 3 (1866) 192.

zieht, zustande gekommen ist. Ich übersetze sie: „Alle unsere lieben Untertanen, zu denen diese Urkunde kommt, sollen wissen, daß wir mit Rat und Willen der Herren Bischöfe und unserer Gebietiger sowie aller Ältesten dieses Landes ein Gesetz gemacht und uns dazu entschlossen haben.“ In diesem Falle scheint eindeutig zu sein, daß die Versammlung, auf welche diese Landesordnung zurückgegangen ist, nicht nur eine Zusammenkunft städtischer Repräsentanten gewesen ist. Es fragt sich jedoch, ob die Ordnung auf dem Lande ebenso publiziert werden konnte wie in den Städten. Die Publikationsformel fordert, daß die Ordnung in den Städten mündlich verkündet und in die städtischen Willküren aufgenommen werde. Ob eine Möglichkeit bestand, auf dem Lande ähnlich zu verfahren, steht dahin.

Eine weitere Quelle ständischer Mitwirkung waren die Außenbeziehungen des Ordensstaates, ein Thema, über das zuletzt wiederum Klaus Neitmann gearbeitet hat¹³. Auch hier wäre zu fragen, ob ein zugespitztes Urteil von Marian Biskup nicht zu einer Diskussion einladen könnte. Er schreibt, daß die Ordensherrschaft „nur sporadisch die Teilnahme der Stände“ an der Außenpolitik zugelassen habe, und er nennt als Beispiel einen Vertrag des Ordens mit den Herzögen von Pommern aus dem Jahre 1386¹⁴. Ich habe den Eindruck, auch diese Feststellung sei aus der Perspektive des 15. Jahrhunderts und unter der Voraussetzung eines Antagonismus zwischen Orden und Ständen zu verstehen, und ich frage mich, ob man nicht auch hier zu einem anderen Eindruck kommen könnte, wenn man sich auf die ältesten Zeugnisse für die Heranziehung von Ständevertretern in auswärtigen Angelegenheiten konzentriert.

Dabei setzt schon das Wort auswärtige Angelegenheiten einen leicht anachronistischen Akzent. Was in späterer Perspektive als ein Beispiel dafür gelten kann, daß Vertreter des Landes an solchen Angelegenheiten beteiligt wurden, ist aus mittelalterlicher Sicht nichts anderes als die Aufnahme von Vertretern der Städte bzw. des Landes unter die Zeugen von Urkunden. Auch hier haben wir es also mit etwas fast Normalem zu tun, und die Frage, die Toeppen in diesem Zusammenhang stellt und verneint, nämlich ob die Stände das Recht hatten, sich in die „auswärtigen Angelegenheiten“ „direct einzumischen“ (S. 13) verkennt die Sache schon ein wenig. Oder trifft sie erst jene Zeit, da die Stände und der Orden in einem grundsätzlichen Konflikt zueinander standen?

Doch ist demgegenüber einzuräumen, daß die Heranziehung von Ständevertretern im Verhältnis zu der großen Zahl der erhaltenen einschlägigen Urkunden nicht allzu oft erfolgte, und etwas Ähnliches gilt für die Teilnahme von Rittern und Knechten sowie von Städte-Vertretern an Gesandtschaften des Deutschen Ordens. Überdies ging es hier meistens um Fragen des Handels. Hier waren städtische Interessen berührt, und hier konnten die Städte dem Orden auch ihre besonderen Erfahrungen zur Verfügung stellen¹⁵. In der späteren Zeit werden bestimmte Namen immer wieder ge-

¹³ Klaus Neitmann, Die preußischen Stände und die Außenpolitik des Deutschen Ordens vom 1. Thorner Frieden bis zum Abfall des Preussischen Bundes (1411–1454). Formen und Wege ständischer Einflußnahme, in: Ordensherrschaft, Stände und Stadtpolitik. Zur Entwicklung des Preußenlandes im 14. und 15. Jahrhunderts, hrsg. v. Udo Arnold (1985).

¹⁴ Biskup (wie Anm. 10) 180. Siehe auch Neitmann (wie Anm. 13) 77 Anm. 19.

¹⁵ Ebenda 59.

nannt. Der Orden hatte also spezialisierte Helfer und nicht so sehr Repräsentanten der Stände zur Seite. Doch gehört auch das zur frühen Geschichte der Stände. Wie in anderen Ländern zog der Landesherr einzelne unter den Mächtigen des Landes als seine Räte und Diener an sich, ohne doch im Konfliktfall auf diese Weise die andere Seite etwa zu schwächen. Im Gegenteil: der Fall des Hans von Baysen, des Führers der preußischen Stände in der Mitte des 15. Jahrhunderts, zeigt, daß sich langjähriger Dienst für den Landesherrn und späterer Widerstand gegen diesen nicht auszuschließen brauchen, ja daß wahrscheinlich die Erfahrungen im Dienst des Landesherrn eine Art Vorbereitung für die spätere ständische Position des einstigen landesherrlichen Dieners darstellen¹⁶.

Besonders interessant sind in diesem Zusammenhang selbstverständlich jene Fälle, wo Vertragspartner die Heranziehung von Stände-Repräsentanten als Garanten eines Vertrages erreichen. Hier ist mit Recht immer wieder der Frieden von Melno-See zwischen dem Deutschen Orden und Polen aus dem Jahre 1422 genannt worden, weil diesen nicht wie früher einzelne Repräsentanten der Stände, sondern diese insgesamt garantierten. Im Falle eines Vertragsbruches durch den Hochmeister waren sie zum Widerstand gegen diesen berechtigt¹⁷. Der Vertrag gilt als Zeugnis der Schwäche des Ordensstaates und der gewachsenen Bedeutung der Stände zumal deshalb, weil der Orden im 14. Jahrhundert, 1325 und 1343, eine solche Klausel zwar bei der Gegenseite durchsetzte, jedoch nicht in die ihn betreffenden Vertragsbestimmungen aufnehmen ließ¹⁸.

Es ist die Frage, ob man darin einfach einen Ausdruck der stärkeren Position des Ordens oder eine Folge der Tatsache sehen muß, daß die preußischen Stände damals noch nicht weit genug entwickelt waren. In einem gewissen Gegensatz zu Klaus Neitmann, der diese Dinge zuletzt in seiner Dissertation untersucht hat¹⁹, würde ich mich für die erste Erklärung entscheiden wollen. Ich denke schon, daß es 1325 und 1343 im Prinzip möglich gewesen wäre, Vertreter der großen preußischen Städte und des Landes als Vertrags-Garanten zu benennen. Die Partner des Ordens, der Herzog Warteslaw von Pommern und der polnische König, haben das nur nicht politisch durchsetzen können.

Im übrigen finden sich deutliche Beispiele dafür, daß die preußischen Stände in außenpolitischen Angelegenheiten von polnischer Seite angesprochen wurden, daß sie sich selbst nach außen artikulierten und der Hochmeister das hinnahm, akzeptierte oder sich dessen bediente, schon vor 1422. Hier kommt den Monaten nach der Niederlage des Ordens bei Tannenberg 1410 große Bedeutung zu. Ebenso wie die Bischöfe des Landes hatten auch viele Städte dem Sieger gehuldigt. Diese Huldigungen wurden zwar gegenstandslos, als es dem polnischen König nicht gelang, das eroberte Land zu halten, doch hatte der Wechsel der Herrschaftsverhältnisse Folgen. Die Zahl

¹⁶ Rudolf Grieser, Hans von Baysen (1936).

¹⁷ Neitmann (wie Anm. 13) 35 u. ö. sowie ders., Die Staatsverträge des Deutschen Ordens in Preußen 1230–1449 (1986) 312 ff.

¹⁸ Ebenda 317 ff.

¹⁹ Neitmann, Staatsverträge (wie Anm. 17) 316.

der ständischen Siegel unter den Verträgen, die der Orden nun schloß, nahm zu. Den ersten Thorner Frieden besiegelten auch 5 Ehrbarleute und 6 Städte²⁰.

Dabei wurde dem Orden die verstärkte Teilnahme der Stände an seiner Politik nicht etwa nur von der Gegenseite oder den Ständen selbst aufgezwungen. Es war vielmehr die prekäre Situation des Ordens selbst, die diesen dazu nötigte, seine Politik durch die Stände abstützen zu lassen. Die Ausschreiben des Hochmeisters, die in diesen Jahren, wie ich früher gezeigt habe, intensiv versandt wurden, um seine Politik zu propagieren, wurden von entsprechenden Manifestationen der Stände begleitet²¹. Als Beispiel mag der lange, an jedermann gerichtete Brief genannt sein, den die Stände nach dem Scheitern des von König Siegmund delegierten Richters Benedikt von Macra auf einem Marienburger Ständetag im Frühjahr 1413 verabschiedeten (Nr. 174).

Als Aussteller nennt sich die *gancze gemeyne von rittern, knechten und stetin des landes czu Prussin*, und entsprechend nennt die Siegelankündigung die Siegel von 7 Gebieten des Ordenslandes, von 4 Städten sowie von 15 Rittern und Knechten, und es wird gesagt, daß die Aussteller diese Siegel derzeit als *gemeyne manschaft von rittern, knechten und stetn des landes czu Prussen* gebrauchten. Ein eigenes Siegel hatten die Stände also nicht. Auf der anderen Seite aber verfügten sie, so scheint der Wortlaut der Urkunde zu lehren, über ein eigenes Haus und zwar über das vornehmste, das sie in Preußen haben konnten: die Marienburg. Die Datierung des Briefes lautet nämlich: *Geschen uft unserm huse Marienburg*. Hatte der Hochmeister den Ständen also seine Burg abgetreten? Wohl nicht – er hatte ihnen nur einen seiner Schreiber geliehen, und der hatte sich der gewöhnlichen Datierungsformel bedient – nicht unpassender Weise, denn der ganze Text kam aus der Kanzlei des Deutschen Ordens.

Darf man das nicht so verstehen, als sei den Ständen hier etwas aufgezwungen worden? Die Stände haben in diesen Monaten vielmehr neue Möglichkeiten erhalten und auch ergriffen. Man sieht das am deutlichsten bei der Einrichtung des sogenannten Landesrates.

Was in einzelnen Fällen schon früher geschehen war und künftig, wie schon gesagt, öfter geschehen sollte, nämlich die Heranziehung von Stadtbürgern und Angehörigen der ländlichen Oberschicht zu Diensten für die Regierung des Ordenslandes, geschah nun gewissermaßen kollektiv und in einer formalisierten Weise. Aufgeführt nach 14 Gebieten und 11 Städten schworen 32 Angehörige des sogenannten Landesadels und 16 Stadtbürger – die Gruppe ist also im Verhältnis 2:1 zusammengesetzt, was einen Hinweis auf eine gewisse Formalisierung darstellen könnte – dem Hochmeister, der sie ausgesucht habe, treu zu dienen. Der Eid ist der für die Heranziehung von Räten in den Fürstendienst übliche, und so mag es nicht weiter auffallen, daß dieser Eid davon spricht, die Schwörenden wollten dem Hochmeister, seinem Orden und seinem Lande – also nicht etwa auch dem ihren – dienen (Nr. 162). Oder bedeutet das doch, daß das Ganze gar nichts mit ständischer Politik zu tun hat?

Marian Biskup hat geurteilt, es habe sich bei diesem Landesrat um „keine wirkliche

²⁰ Anm. 4 zit. Edition, jedoch Bd. 1, ²1970, 89.

²¹ Hartmut Boockmann, Johannes Falkenberg, der Deutsche Orden und die polnische Politik (1975) 121 f. und im einzelnen vorher, besonders 90 ff.

Ständerepräsentanz“ gehandelt, „sondern lediglich [um] ein Organ der obrigkeitlichen Gewalt“²². Ganz ähnlich meinte Karl Hampe, dieser Rat sei nichts anderes gewesen, als das „Ausführungs- und Propagandaorgan der unverrückbaren hochmeisterlichen Absichten“²³.

Man muß in der Tat bedenken, daß die Stände es nun mit Heinrich von Plauen zu tun hatten, wahrscheinlich dem gewalttätigsten unter den Hochmeistern. Seine Ordensbrüder sollten ihn alsbald stürzen, und zwar unter Mitwirkung von Vertretern der Stände²⁴.

Man sollte das eine vielleicht im Zusammenhang mit dem anderen sehen. Wenn die Stände, wie Marian Biskup mit Recht bemerkt, im Jahre 1413 den Sturz des Hochmeisters beschleunigten²⁵, dann möchte man fragen, ob sich mit dem Ratsorgan von 1412 nicht vielleicht doch etwas hätte anfangen lassen. Aus dem, was sich ein Mächtiger zur Stütze seiner eigenen Absichten erdenkt, kann ihm schließlich eine Gefahr erwachsen. Das wäre jene Dialektik von Herr und Knecht, die Hegel beschrieben hat.

Schaut man sich das Aktenstück, das Toeppen auf die erwähnte Liste der Eidleistenden folgen läßt, an, so glaubt man gar, einer Schwelle ansichtig zu werden, jenseits derer in Preußen ein ausgebildetes Stände-Regiment begonnen haben könnte.

Toeppens Regest spricht nämlich von Urversammlungen, die von den Komturen abgehalten werden sollten (Nr. 164). Doch hat dem gelehrten Editor hier wohl die Terminologie der eigenen jüngeren Vergangenheit einen Streich gespielt und einen Hauch von 1848 über das Aktenstück aus dem Jahre 1412 hinziehen lassen. Urversammlungen hätten ja wohl jene Räte benennen müssen, die der Hochmeister schon bestellt hatte.

Tatsächlich sollte der Zweck dieser Gebietsversammlungen die Mobilisierung der Bevölkerung zu neuen und außerordentlichen finanziellen Leistungen sein, die angesichts der zumal durch den ersten Thorner Frieden geschaffenen Gegebenheiten nötig waren. Doch haben die Stände solchen Forderungen stets ihre Mitbestimmungspostulate entgegengestellt. Daß es in Preußen jetzt dazu nicht kam, daß der vermeintliche, tatsächlich aber nur zur Steueraufbringung bestimmte Landesrat ein ephemeres Phänomen blieb, hängt aber zunächst mit dem Sturz des Hochmeisters Heinrich von Plauen zusammen. Sein Nachfolger hat dessen Politik auch in diesem Punkte nicht fortgesetzt.

Oder hat man den Landesrat in Preußen doch nicht vergessen? Im Jahre 1430 forderten die Stände ein scheinbar ähnliches Organ. Doch sollte es eine andere Gestalt haben und außer dem Hochmeister aus je 6 Repräsentanten des Ordens, der Prälaten, der Ritterschaft und der Städte bestehen (Nr. 397). Tatsächlich sollte es sich also nicht

²² *Biskup* (wie Anm. 10) 181.

²³ *Karl Hampe*, in: *Die Großen Deutschen* 1 (1935) 277.

²⁴ *Ders.*, *Der Sturz des Hochmeisters Heinrich von Plauen* (Sitzungsberichte der Preussischen Akademie der Wissenschaften 1935. Phil.-Hist. Kl. 3) 1935.

²⁵ *Biskup* (wie Anm. 10) 181.

um einen Rat von Stände-Repräsentanten handeln, sondern um eine paritätisch aus Herrschaft und Ständen zusammengesetzte Regierung²⁶.

Erst jetzt waren, so würde ich meinen, die eingangs erwähnten Grenzen des kanonischen Rechts tangiert, welche der Orden beachten mußte oder jedenfalls als abwehrendes Argument gebrauchen konnte. Doch wird man nicht annehmen können, daß schon hiermit zu erklären ist, warum sich der Konflikt zwischen der Herrschaft und den Ständen rasch verschärfte und zu den bekannten Ereignissen von 1440 und 1454 führte.

Doch damit bin ich schon in jenen Jahrzehnten, zu denen meine Erörterungen gar nicht vordringen sollten.

Ich wollte, wie eingangs gesagt, die frühe Geschichte der Stände in Preußen unter größtmöglicher Ausblendung der Jahre ab 1410 skizzieren, um diese frühe Geschichte von der übermächtigen späteren Perspektive zu lösen, unter der sie in der Regel gesehen wird und die dazu führt, der Krise des Ordensstaates und seiner Katastrophe im 15. und frühen 16. Jahrhundert eine Art von Notwendigkeit zuzusprechen. Von der kann, so denke ich, nicht die Rede sein.

Den Beweis, daß das so ist, brauche ich, so möchte ich meinen, nicht zu erbringen. Die Beweislast liegt bei denen, die eine Notwendigkeit behaupten. Immerhin lassen sich aber für meine Position Argumente benennen, und dazu gehört die frühe Geschichte der Stände in Preußen. Sie nahm, so möchte ich das hier Skizzierte zusammenfassen, einen – falls es das in der Geschichte überhaupt gibt – fast ganz normalen Verlauf.

Tatsächlich gibt es das selbstverständlich nicht, und so füge ich noch einige jener Sachverhalte hinzu, welche die preußische Sozial- und Verfassungsgeschichte geprägt haben und – namentlich in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts – zur Ursache der besonderen Gestalt der dortigen ständischen Vertretungen geworden sind.

Zunächst mußte man hier davon sprechen, daß es in Preußen einen Landesadel im strengen Sinne nicht gegeben hat. Die Besitzer der ländlichen Güter besaßen weder Allode noch Lehen. Überdies waren ihre Besitzungen in aller Regel nicht groß.

So waren die Städte zunächst stärker, und zwar – wie überall – vor allem die großen. Doch war in Preußen keine Stadt so groß, daß sie in einer Weise dominiert hätte wie zum Beispiel in Böhmen Prag. Das gilt auch für Danzig, das im 15. Jahrhundert seine am Ende herausragende Position erst mühsam gegenüber den älteren Konkurrentinnen – Thorn und Kulm – erkämpfen mußte. Auch das hat die Entwicklung der ständischen Vertretungen in Preußen geformt.

Nicht weniger wichtig war das Fehlen eines dem Landesherrn gegenüber tretenden Klerus. Alte Klöster und Stifte, die in anderen Ländern an der Entwicklung ständischer Vertretungen wesentlich beteiligt waren, gab es in Preußen nicht – mit Ausnahme von Pommerellen, wo die älteren Zisterzienserklöster aber auch nicht stark genug waren, um aktiv an der Ständegeschichte Anteil zu nehmen. Von den preußi-

²⁶ Zum Ganzen *Markian Pelech*, Die hochmeisterlichen Räte vom Jahre 1412: Ihre Tätigkeit und Bedeutung, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 119 (1983). Der Aufsatz ist die höchst instruktive Destruktion eines irrtümlichen Produkts der neueren Historiographie, eben des „Landesrats“.

schen Domkapiteln aber waren drei dem Orden inkorporiert und das vierte, das ermländische, war ebenso wie der Bischof dieser Diözese dem Orden gerade während der Zeit der Ständekämpfe eng verbunden.

Die Bischöfe und die Domkapitel standen in der Regel, wie schon bemerkt, auf der Seite des Landesherrn beziehungsweise sie, die ja auch Landesherren waren, bildeten mit dem größten Landesherrn, dem Orden, eine Front.

Diese besondere Stellung der Bischöfe und Kapitel hatte wiederum Auswirkungen auf die Entwicklung des Adels. Anders als in Livland, wo es dem Orden ungeachtet jahrzehntelanger Bemühungen und blutiger Auseinandersetzungen nicht gelang, die Bischöfe und Domkapitel so an sich zu ziehen wie in Preußen, kam es dort nicht zur Ausbildung einer Stiftsritterschaft, die in Livland einen beträchtlichen Teil der Entwicklung ständischer Vertretungen formte.

Charakteristisch für Preußen war ferner, daß den rein weltlichen Ständen das intellektuelle Potential fehlte, das in anderen Ländern gelehrte Kleriker auch auf ständischer Seite darstellten. So bediente sich der 1440 gegründete Bund der preußischen Stände der Hilfe polnischer Kirchenjuristen.

Dennoch haben sich in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts das Selbstverständnis und die soziale und politische Situation der ländlichen Besitzer rasch verändert. Beindruckt auch von den Verhältnissen jenseits der Grenzen, namentlich in Polen, begannen sich die Güterinhaber nun als Adlige zu verstehen und die entsprechenden Mitbestimmungsforderungen zu erheben. Beschleunigt wurde das dadurch, daß der Orden Einheimischen nun weniger als vorher die Möglichkeit gab, ihm als Ritterbrüder beizutreten. Hier liegt eine Ursache dafür, daß in Preußen – selbstverständlich vor allem bei denen, die sich im Rahmen ständischer Vertretungen artikulierten – nun ein Landesbewußtsein bildete, das sich der Landfremdheit der Ordensritter polemisch gegenüber stellte.

Schließlich sind die Möglichkeiten der preußischen Stände namentlich in den 30er und 40er Jahren des 15. Jahrhunderts auch von den Auseinandersetzungen innerhalb des Ordens genährt worden.

Bis zum frühen 15. Jahrhundert war die Ständegeschichte in Preußen auch davon geprägt, daß die gewissermaßen klassischen Situationen, in denen sich Stände zu artikulieren pflegten, hier fehlten.

Die finanzielle Unabhängigkeit des Ordens habe ich schon erwähnt. Nicht weniger wichtig war, daß angesichts der dominierenden Position des Landesherrn der Landfrieden durch diesen garantiert wurde, ohne daß es eines ausdrücklichen Landfriedens oder gar eines Landfriedensbündnisses bedurft hätte. Auch das änderte sich nun. Die Landesordnungen des 15. Jahrhunderts waren ein Teil dieser Änderungen. An ihrer Entstehung waren die Stände nicht nur beteiligt, sondern sie lernten es geradezu, sich in diesen Beratungen in höherem Maße als bisher zu artikulieren.

Unabhängig davon blieb die Rechtsunsicherheit und blieben die Fälle, welche den Vertretern von Städten und Adel Anlaß gaben, vom Orden Rechtsgarantien zu fordern. Nun – aber erst nun – versuchte der Orden, wie schon gesagt, das kanonische Recht als eine Barriere gegen ständische Mitbestimmungsforderungen einzusetzen.

Aus diesem Grunde hatte der im Jahre 1440 begründete Ständebund, ungeachtet der Parallelen, die diese Organisation in anderen Ländern besaß, einen sozusagen potentiell revolutionären Charakter. In dem Maße, in welchem der Orden auf seinem kirchenrechtlich begründeten, prinzipiellen Widerstand beharrte (der keineswegs notwendig war, wie man am Beispiel der geistlichen Territorien des Reiches sieht, in denen der Landesherr den Ständen jene Rechte, welche der Orden in Preußen prinzipiell ablehnte, gewährte), wurde der grundsätzliche Konflikt zwischen Landesherr und Ständen unvermeidlich, und so hat sich dieser Konflikt in wenigen Jahren bis zur Gehorsamsaufkündigung und zum Krieg zwischen Orden und Ständen gesteigert.

Doch liegt darin keine Notwendigkeit, so plausibel die Position des Ordens zumal angesichts der Divergenzen im Orden selbst und vor dem Hintergrund der bedrängten wirtschaftlichen und sozialen Lage des deutschen Adels auch war.

Noch weniger aber war die dramatische Entwicklung in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts in der Geschichte der preußischen Stände von Anfang an angelegt.